Beschuß über die Einbeziehung der Arbeit der Ausbildungsstätten in die Produktionspläne der volkseigenen Betriebe

Die im Fünfjahrplan vorgesehene Steigerung der Produktion unserer Friedenswirtschaft erfordert die Ausbildung junger hochqualifizierter Facharbeiter, deren Ausbildung so erfolgen muß, daß sie als allseitig gebildete junge Menschen in den Produktionsprozeß eintreten. Sie sollen die theoretischen Voraussetzungen und praktischen Fertigkeiten erwerben, um neue Arbeitsmethoden zu entwickeln, um Qualitätsarbeit zu leisten, indem sie mit dem Gramm, mit der Minute, mit dem Pfennig sparen lernen.

Eine unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Ausbildungszieles ist, daß alle Lehrwerkstätten für die Ausbildung geeignete Produktionsaufträge erhalten, die — im Hinblick auf Inhalt und Termin — die Lehrpläne der Berufsausbildung berücksichtigen. Der Ministerrat der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschließt deshalb zur weiteren Verbesserung der Berufsausbildung:

1. Die Betriebsleiter der volkseigenen Betriebe werden verpflichtet, den Ausbildungsstätten im Rahmen des Produktionsplanes Produktionsaufträge, die ihrer Produktionskapazität entsprechen und die verbindlichen Lehrpläne berücksichtigen, zu erteilen.

Hierbei ist zu beachten, daß nicht nur die Fertigung kleiner Teilarbeiten, sondern ganzer Aggregate in die Ausbildungsstätten verlegt wird. Bedingung ist dabei, daß in Auftrag gegebene Produkte den Lehrplänen entsprechen und die Produktionstermine so gestellt werden, daß die systematische Berufsausbildung in bezug auf Arbeitsfolge und Übungszeiten nicht gestört wird.

2. Die Betriebsleiter der volkseigenen Betriebe, in denen es auf Grund der besonderen Eigenart des Betriebes nicht möglich ist, den Ausbildungsstätten geeignete Produktionsaufträge zu erteilen, sind verpflichtet, die Produktionsmöglichkeiten ihrer Ausbildungsstätten unter Berücksichtigung der Lehrpläne dem zuständigen Ministerium oder Staatssekretariat zu melden.
3. Die Minister und Staatssekretäre werden beauftragt, zu veranlassen, daß die Ausbildungsstätten ihren Produktionsmöglichkeiten entspre-

chende Produktionsaufträge durch Vereinbarungen mit den Handelszentralen oder anderen Ministerien erhalten.

4. Der Staatssekretär für Bauwirtschaft wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß der volkseigenen Bauwirtschaft in genügendem Umfang Baustellen im Rahmen des Bauwirtschaftsplanes zur Ausbildung der Lehrlinge bereitgestellt werden.
5. Die Ministerpräsidenten der Länderregierungen werden verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Ausbildungsstätten der örtlichen volkseigenen Wirtschaft Produktionsaufträge — unter den obengenannten Gesichtspunkten — erhalten.
6. Das Ministerium der Finanzen, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird beauftragt, genaue und verbindliche Richtlinien über die im Betriebsplan zu führenden Konten für Ausbildung und Unterricht herauszugeben, die festlegen, daß die Produktion der Lehrwerkstätten zur vollen Anrechnung zu Gunsten der Lehrwerkstätten kommt und daß andererseits keine allgemeinen Betriebsausgaben auf das Konto Ausbildung und Unterricht verbucht werden.

Hinweis auf Veröffentlichungen im Ministerialblatt der Deutschen Demokratischen Republik

Die Ausgabe Nr. 6 vom 12. Februar 1952 enthält:

	Seite
Anordnung vom 31. Dezember 1951 über die Errichtung des Forschungsinstitutes für Nicht-eisenmetalle (NE-Metalle).....	15
Anordnung vom 31. Dezember 1951 über Errichtung, Aufbau und Aufgaben der zentralen technologischen Projektierungsbüros der volkseigenen Industrie	15